



Antrag

Fraktion AfD

Schulgeldfreiheit für Erzieher und Heilberufe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die gesetzlichen Grundlagen zur Gewährleistung der Schulgeldfreiheit in den Ausbildungsgängen für alle Erzieher- und Heilberufe zu schaffen,
2. die Schulgeldfreiheit mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 in Kraft treten zu lassen,
3. die zur Umsetzung der Schulgeldfreiheit erforderlichen Mittel im Entwurf zum Doppelhaushalt 2020/2021 einzustellen,
4. dem zuständigen Ausschuss regelmäßig über den Entwicklungsstand zu berichten.

Begründung

Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt altert. Ursächlich sind die seit nahezu 30 Jahren sinkenden Geburtenraten im Land. Eine weitere Ursache ist der begrüßenswerte Anstieg der Lebenserwartung unserer Bevölkerung. In Verbindung mit dem Wegzug vieler junger Menschen seit 1990 zählt insbesondere die Gesellschaft Sachsen-Anhalts im Bundesvergleich zu denen mit einem der höchsten Anteile älterer und älter Menschen.

Alternde Gesellschaften haben einen stärkeren Bedarf in Bezug auf Gesundheit und Pflege. Ohne Heilberufe können die Bedürfnisse der älteren Generation nicht befriedigt werden. Die Heilberufe leiden unter dem Rückgang von interessierten jungen Menschen. Zahlreiche Heilberufe werden in den kommenden Jahren zu „Mangelberufen“. Dass in zahlreichen dieser Berufe in der Ausbildung Schulgelder erhoben

(Ausgegeben am 16.01.2019)

werden, ist nicht zeitgemäß und widerspricht der Bedeutung dieser Berufe in der alternden Gesellschaft.

Flankierend zur Problembehandlung in der alternden Gesellschaft sollen auch die Erziehungsberufe von einer Schulgeldfreiheit profitieren. Wenn wir junge Menschen für soziale Berufe begeistern wollen, dürfen wir die ohnehin nicht rekordverdächtig entlohnten Berufsgruppen nicht bereits in der Ausbildung mit der Zahlung von Schulgeld belasten. Die Verfügbarkeit von ausreichenden Kindergarten- und Krippenplätzen und die adäquate Betreuung anhand angemessener Betreuungsschlüssel bilden die Grundlage einer sozialen Infrastruktur, die dazu beitragen kann, das Land familienfreundlicher zu gestalten und so auch die Geburtenraten zu erhöhen. Ohne ausreichende Anzahl von Erziehern kann dieses Ziel nicht erreicht werden, insbesondere, da in den nächsten Jahren ganze Alterskohorten in den verdienten Ruhestand wechseln werden.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender